

**REGIERUNGSPRÄSIDIUM  
TÜBINGEN**

7400 TÜBINGEN 1, den 10. August 1973

Nauklerstraße 47  
Fernsprecher 751  
Nebenstellendurchwahl 75/  
Telefaxanschluß 07262818Nr. 51 - 6220-60/73/UL-S  
(Bitte diese Nr. im Schriftverkehr stets angeben)Regierungspräsidium Tübingen, 74 Tübingen, Nauklerstraße 47Beil. 1

Zur Vervielfältigung

Nr. VI Nr. 290Rechtsverordnung

Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums Tübingen über die Festsetzung eines Wasserschutzgebiets für die Grundwasserfassungen der Stadt Ulm im Gewinn "Fischerhausen" der Gemarkung Ulm.

Vom 10. August 1973 (Az.: 51-6220-60/73/UL-S)

Aufgrund des § 19 Abs. 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 27.7.1957 (BGBl. I S. 1110), des § 96 Abs. 1 und des § 110 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg vom 25.2.1960 (Ges.Bl. S. 17) ergeht folgende

V e r o r d n u n g:§ 1 Wasserschutzgebiet

- (1) Zum Schutz der Grundwasserfassungen der Stadt Ulm im Gewinn "Fischerhausen" der Gemarkung Ulm (Baden-Württemberg) und im Gewinn "In der Roten Wand" der Gemarkung Neu-Ulm (Bayern) wird ein Wasserschutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach §§ 3 bis 6 erlassen.
- (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in den Fassungsbereich (Zone I), die engere Schutzzone (Zone II) und die

./.

- (5) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnungen der in den Absätzen 1 bis 3 genannten Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzone nicht.

§ 3 Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen (Schutzbestimmungen)

(1) Es sind	im Fassungs- bereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
1	2	3	4
1. <u>land- u. forstwirtschaftliche Nutzungen, Gartenbau</u>			
1.1. Jede natürliche (organische) Düngung	verboten	-	-
1.2. Güllewirtschaft m. fliegendem oder stationärem Leitungsnetz	v e r b o t e n		-
1.3. landwirtschaftliche Abwasser- verwertung, Abwasserlandbe- handlung	v e r b o t e n		
1.4. Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken	v e r b o t e n		-
1.5. Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Pflan- zenkrankheiten	verboten	verboten, falls Dieselöl als Trägerstoff dient	-
1.6. Verwendung von Dieselöl und sonstigen chemischen Stoffen zur Vernichtung von Aufwuchs	v e r b o t e n		-
1.7. Gartenbaubetriebe zu errichten			
2. <u>Sonstige Bodennutzungen</u>			
2.1. Veränderungen und Aufschlüs- se der Erdoberfläche - mit Ausnahme der üblichen land- wirtschaftlichen Bodenbear- beitung -, insbesondere Kies-, Sand-, Torf- u. Tongruben, Einschnitte, Hohlwege und Steinbrüche	v e r b o t e n		
3. <u>Lagern, Ablagern u. Befördern wassergefährdender Stoffe</u>			
3.1. Müllablagerungen zu errich- ten oder zu erweitern	v e r b o t e n		

	im Fassungs- Bereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
1	2	3	4
3.2. Ablagern, Lagern und Vergraben wassergefährdender Stoffe wie Öl, Teer, Phenole mineralölhaltige Stoffe, Gifte, Schädlingsbekämpfungsmittel, Tierkadaver, Unrat, Müll, industrielle und gewerbliche Rückstände, Chemikalien Darunter fällt auch die Verwendung von Teer und wassergefährdender Kaltbindemitteln für den Straßenbau	v e r b o t e n		verboten, ausgenommen das Lagern derartiger Stoffe, wenn eine Gefährdung des Grundwassers (siehe Lagerverordnung) nicht zu besorgen ist
3.3. Kläranlagen zu errichten oder zu erweitern	v e r b o t e n		
3.4. Versitzgruben zu errichten oder zu erweitern			
3.5. Dung- oder Jauchestätten, Gärfutterbehälter und -misten zu errichten oder zu erweitern	v e r b o t e n		-
3.6. Trockenaborte	v e r b o t e n		verboten, ausgenommen als befristeter Zwischenzustand
3.7. Durchleiten von Abwasser, auch in geschlossenen Leitungen	v e r b o t e n		-
3.8. Entleeren von Fäkalienwagen	v e r b o t e n		
3.9. Leitungen für wassergefährdende Stoffe zu errichten			
3.10. Gasleitungen zu errichten	v e r b o t e n		-
4. <u>Bergbau, Straßenbau, Plätze mit besonderer Zweckbestimmung</u>			
4.1. Bergbau	verboten	verboten, wenn durch ihn gute Deckschichten zerrissen oder durch ihn Einmündungen oder offene Wasseransammlungen herbeigeführt werden	-
4.2. Bohrungen zum Aufsuchen und Gewinnen von Erdöl, Erdgas und sonstigen Bodenschätzen	v e r b o t e n		

	im Fassungs- bereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
1	2	3	4
4.3. Straßen, Wege, Plätze sowie Parkplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten, so- fern ihre Ober- flächenwässer nicht schadlos aus der engeren Schutzzone her- ausgeleitet wer- den können.  Von dem Verbot ausgenommen sind öffentliche Feld- und Waldwege, be- schränkt öffent- liche Wege und Eigentümerwege	-
4.4. <u>Wagenwaschen</u>	v e r b o t e n		
4.5. Zelt- und Badeplätze ein- zurichten, Abstellen von Wohnwagen			
4.6. Sportplätze zu errichten oder zu erweitern			
4.7. Flugplätze, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungs- plätze zu errichten oder zu erweitern	v e r b o t e n		
4.8. Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern			
5. <u>Bauliche Nutzungen, Industrie</u>	v e r b o t e n		verboten, sofern nicht an eine Sammelentwäs- serung ange- schlossen wird
5.1. bauliche Anlagen, die nicht zur Wasserversorgungsanlage gehören, zu errichten oder zu erweitern			
5.2. Betriebe mit grundwasserge- fährdendem Abwasser oder Be- triebe und Anlagen, in denen wassergefährdende Stoffe (z.B. Chemikalien, Treibstof- fe, organische Abfälle) hergestellt, verarbeitet, umgesetzt oder gelagert werden, zu errichten oder zu erweitern	v e r b o t e n		verboten, soweit die Abfälle oder Abwässer nicht gewässerunschäd- lich beseitigt oder aus dem Schutzgebiet herausgeleitet werden können
5.3. Erdölraffinerien und Groß- tanklager zu errichten oder zu erweitern	v e r b o t e n		
5.4. Anlagen zur Gewinnung radio- aktiven Materials und von Kernenergie zu errichten oder zu erweitern			
6. <u>Betreten</u>	verboten, außer durch Befugte	-	-

- (2) Betriebe mit wassergefährdendem Abwasser im Sinne der Nr. 5.2. des Absatzes 1 sind insbesondere die in der Anlage 1 aufgeführten Betriebe.
- (3) Weitergehende Verbote oder Beschränkungen nach der Verordnung des Innenministeriums von Baden-Württemberg über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (VLwF) vom 30. Juni 1966 (GesBl. S. 134) und der Landesverordnung der Bayerischen Staatsregierung vom 23. Juli 1965 (GVBl S. 202) bleiben unberührt.

#### § 4 Ausnahmen

- (1) Die Städte Ulm und Neu-Ulm können im Rahmen ihrer örtlichen Zuständigkeit und im gegenseitigen Einvernehmen von den Verboten des § 3 Ausnahmen zulassen, wenn
1. das Wohl der Allgemeinheit die Ausnahmen erfordert oder
  2. das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und das Gemeinwohl der Ausnahme nicht entgegensteht.
- (2) Die Ausnahme ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden und bedarf der Schriftform.
- (3) Im Falle des Widerrufs können die Städte Ulm und Neu-Ulm vom Grundstückseigentümer verlangen, daß der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung erfordert.

#### § 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen, und deren Bestand oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fällt, auf Anordnung der Städte Ulm und Neu-Ulm zu dulden (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 Wasserhaushaltsgesetz); sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.

#### § 6 Duldungspflicht

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, daß die Grenzen des Fassungsereichs und der Schutzzonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.

§ 7 Entschädigung

Soweit diese Verordnung oder eine aufgrund dieser Verordnung ergehende Anordnung eine Enteignung darstellt, ist hierfür nach dem § 19 Abs. 3 und § 20 Wasserhaushaltsgesetz und § 24 Abs. 1 und § 94 bad.-württ. Wassergesetz Entschädigung zu leisten.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 41 Abs. 1 Nr. 2 Wasserhaushaltsgesetz handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. einem der Verbote nach § 3 Abs. 1 und 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
  2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu befolgen.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 41 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 9 Geltungsbereich

Die Bestimmungen dieser Rechtsverordnung gelten nur für die auf baden-württembergischen Gebiet liegenden Grundstücke des Wasserschutzgebietes. Die auf Gemarkung Neu-Ulm (Bayern) liegenden Grundstücke des Wasserschutzgebietes sind in § 2 nachrichtlich aufgeführt.

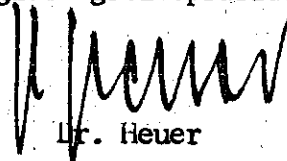
§ 10 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Staatsanzeiger Baden-Württemberg in Kraft.

Tübingen, den 10. August 1973

Regierungspräsidium  
In Vertretung

des Regierungsvizepräsidenten



Mr. Heuer